

E 4800 (A) 1967/111/206

*Notice du Chef de la Division de Police
du Département de Justice et Police, H. Rothmund*

Bern, 24. September 1944

SOLLEN WIR OFFIZIELL BEI DER DEUTSCHEN REGIERUNG
INTERVENIEREN ZUGUNSTEN DER SICH NOCH IN DEUTSCHLAND
ODER IN VON DEUTSCHLAND
BESETZTEN GEBIETEN BEFINDENDEN JUDEN?

Es sind uns von der Gestapo am 21. August 1944 in einem Eisenbahnzug 318 ungarische Juden ohne Voranmeldung an die Grenze gestellt worden. Dieses Vorgehen widerspricht den internationalen Gepflogenheiten und läuft auch den im schweizerisch-deutschen Niederlassungsvertrag¹ getroffenen Abmachungen zuwider.

1. *Traité du 13 novembre 1909*, K I.192, et *RO*, 1911, vol. 27, pp. 675–687.



Die 318 ungarischen Juden sind ein Teil von ungefähr 1600 offenbar ausgewählten ungarischen Juden, die zusammen in ein Lager bei Hannover verbracht worden sind, wo sie anscheinend gut behandelt werden. Die zu uns gekommenen waren wenigstens in gutem körperlichem Zustand.

Es sind private Besprechungen in Gang gekommen zwischen Vertretern des SS-Sicherheitshauptamtes in Berlin und einer Gruppe ausländischer Juden in Zürich, Mantello und Konsorten, vertreten durch alt-Nationalrat Dr. Duft, die durch einen gewissen Herrn Trümpy mit den deutschen Stellen in Verbindung gekommen sind. Diese Gruppe bemühte sich zu Beginn angeblich darum, diese 1600 ungarischen Juden nach Spanien usw. zu bringen. Als dies nicht ging, wurden die obengenannten 318 nach der Schweiz verbracht und sollen auch die andern zu uns kommen.

In zweiter Linie fanden Besprechungen statt zwischen einer Delegation aus Budapest, der auch ein deutscher Vertreter des SS-Sicherheitshauptamtes angehört, und Herrn Saly Mayer, dem Vertreter des American Joint Distribution Committee. Herr Saly Mayer stellt sich auf den Standpunkt, es könne sich nicht darum handeln, einige hundert oder tausend dieser Juden nach der Schweiz oder irgend in ein anderes Land zu bringen und die andern viele hunderttausende ihrem Schicksal zu überlassen. Er müsse dafür sorgen, dass alle am Leben blieben und durchgehalten werden könnten. Der «Preis», den das erste Komitee zu bezahlen gewillt ist, ist uns nicht bekannt. Sie spekulieren dem Vernehmen nach auf das American Joint Distribution Committee. Herr Saly Mayer soll von den Amerikanern die Bewilligung zu erhalten versuchen, Waren zu liefern. Zunächst sei – bei früheren Verhandlungen in Ankara – von 10 000 Lastwagen die Rede gewesen. Jetzt offenbar von andern Waren, die jedoch ebenso wenig geliefert werden könnten wie die Lastwagen.

Es besteht der Eindruck, dass das unsaubere Geschäft, das die SS mit der einen oder andern Partei abschliessen will, nicht zustande kommt. Herr Saly Mayer, der von allem Anfang an sehr contre-cœur in die Sache hineingegangen ist, hat stets auf Zeitgewinn tendiert in der Erwartung, solange noch ein Gedankenaustausch hin und her gehe, passiere den Juden nichts.

Ich frage mich ernstlich, ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, wo sich die Schweiz offiziell einmischen sollte. Ich stelle mir das folgendermassen vor:

Wir reklamieren sehr energisch wegen der uns überstellten 318 ungarischen Juden, teilen aber zugleich mit, wir seien bereit, die Aufnahme der andern zu diesem Transport aus Ungarn gehörenden ca. 1300 Juden zu prüfen, vorausgesetzt dass wir alle wünschbare Auskunft – die übrigens bereits vergeblich durch unsere Gesandtschaft in Berlin verlangt worden war – erhielten und die Transporte in unserem Einvernehmen erfolgen würden.

Darüber hinaus würde das Erstaunen ausgedrückt, dass private Verhandlungen stattfänden über Warenlieferungen oder Geldzahlungen zum Zwecke der Verschonung der noch in Deutschland anwesenden Juden von der Deportation und dem Untergang. Die öffentliche Meinung in der Schweiz rege sich mit Recht über die bereits erfolgten Deportationen auf. Deshalb habe denn auch die schweizerische Regierung Schritte in Budapest unternommen, die, wenigstens was die ungarische Regierung anbelange, Erfolg gehabt hätten. Es würde dringend gebeten, dass auch deutscherseits mit den Deportationen aufgehört

24 SEPTEMBRE 1944

635

würde. Wenn es schwer fallen sollte, die noch vorhandenen Juden zu ernähren und zu bekleiden, wäre die Schweiz bereit, durch das Internationale Rote Kreuz Nahrungsmittel und Kleider zur Verfügung zu stellen, damit Deutschland hier entlastet würde.

Dafür müsste natürlich zunächst das Einverständnis der Amerikaner eingeholt werden. Wie mir dieser Tage von Herrn Mac Master mitgeteilt worden ist, hat Herr Mac Clelland, der neue Assistent des amerikanischen Gesandten für Flüchtlingsmassnahmen, ausgedehnte Kompetenzen, sodass zu erwarten ist, dass er Zusicherungen in dieser Beziehung geben könnte. Zusicherungen müssten auch verlangt werden für die Weiterreise der von der Schweiz noch aufzunehmenden Juden.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz dürfte ohne Zweifel bereit sein, die Aufgabe der Versorgung der Juden in Deutschland mit Lebensmitteln und Kleidern zu übernehmen.

Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse und der in Betracht fallenden Persönlichkeiten in Berlin dürfen wir erwarten, dass eine gutformulierte, aber energisch vorgetragene Intervention in Berlin erhebliche Chancen auf Erfolg aufweist. Sie müsste aber an hoher Stelle angebracht werden, bei Herrn Staatssekretär Steengracht, dem Nachfolger von Herrn v. Weizsäcker. Nachdem die Besprechungen über Mensch gegen Ware von einer Herrn Himmler sehr nahestehenden Stelle ausgeführt oder wenigstens überwacht werden, wissen wir mit Sicherheit, dass es diesen Leuten nicht mehr ganz wohl ist beim Judenmord und dass sie offenbar ein Alibi suchen für nach dem Krieg. Es ist deshalb sehr wohl möglich, dass eine geschickt und energisch vorgetragene Intervention von aussen nicht ungerne zum Anlass genommen würde, um einzulenken.

Es ist nicht nötig beizufügen, dass ein schweizerischer Erfolg in dieser Sache von sehr grosser Bedeutung wäre für unser Land, während ein Misserfolg uns m.E. von deutscher Seite keinerlei wichtige Unannehmlichkeiten bringen könnte.

ANNEXE

E 4800 (A) 1967/111/272

*Compte-rendu de l'entretien du 23 septembre 1944 entre
le Chef de la Division de Police du Département de Justice et Police,
H. Rothmund, et le Secrétaire de la Fédération suisse
des Communautés israélites, G. Brunschvig²*

Copie

Herr Dr. Rothmund erklärt, dass die Basis dieser Besprechung gegenseitige Offenheit sei. Jede Äusserung muss vom Gesprächspartner als ehrliche Überzeugung anerkannt werden.

Herr Dr. Brunschvig antwortet, dass er den Chef der Polizeiabteilung immer als offenen und ehrlichen Beamten anerkannt und geschätzt habe. Die Grundlage einer freien Aussprache sei ohne weiteres gegeben.

2. *Cette notice rédigée par R. Tschäppät est datée du 26 septembre 1944.*

Herr Dr. Rothmund stellt die Frage an Herrn Dr. Brunschvig, was Antisemitismus sei.

Herr Dr. Brunschvig antwortet, dass die Frage des Antisemitismus eine politische und rassenpolitische sei.

Herr Dr. Rothmund erklärt, dass der Fehler vieler Juden darin bestehe, dass sie jeden als Antisemit bezeichnen, der die Juden zu kritisieren wage. Die Grundlage unserer Demokratie bilde nicht nur ein reibungsloses Zusammenleben der deutschen, französischen und italienischen Schweiz, sondern schliesse auch die Anerkennung aller Bürger als gleichwertig in sich, ohne Rücksicht auf Rasse und Religion. Diese Gleichstellung der jüdischen Schweizerbürger mit den andern Bürgern unseres Landes bedingt aber das nötige Verständnis für eine objektive Kritik, der sie ausgesetzt sein können. Kritik an den Juden ist noch kein Antisemitismus. Antisemitismus im Sinne der nationalsozialistischen Lehre hat ein anderes Ziel als eine Kritik der Juden. Wir können sagen, das Ziel ist sogar entgegengesetzt: der Antisemitismus nach deutschem Muster will die Vernichtung der Juden, unsere Kritik dagegen hat zum Ziel, die Juden auf Fehler aufmerksam zu machen, um ein reibungsloses Zusammenleben in der Volksgemeinschaft zu ermöglichen. Wenn auch die Kritik als Antisemitismus bezeichnet werde, dann sei er ein Antisemit.

Herr Dr. Brunschvig erklärt, dass nach seiner ehrlichen Überzeugung Herr Dr. Rothmund kein Antisemit sei. Die Stellung der Geschäftsleitung des israelitischen Gemeindebundes sei nicht immer leicht. Die Mitgliedschaft setzt sich aus Leuten verschiedener politischer Auffassungen zusammen. Vom Konservatismus bis fast zum Kommunismus seien alle politischen Richtungen vertreten. Es sei sehr schwer, immer und in allen Fragen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Der Geschäftsleitung werde vielfach der Vorwurf gemacht, sie sei gouvernemental. Es gäbe Kreise, welche einen offenen Kampf gegen die Behörden wünschen, da sie die Auffassung vertreten, diese seien vom Gifte des Antisemitismus beeinflusst. Die Geschäftsleitung des israelitischen Gemeindebundes wolle aber diesen Kampf nicht, da sie überzeugt sei, dass die Behörden für unser Land nur das Gute wollen. Herr Bundesrat von Steiger habe anlässlich einer Unterredung erklärt, dass die Behörden bereit seien, auf Wunsch aktuelle Fragen zu besprechen, dies aber nur unter der Voraussetzung, dass gegen sie keine Dolchstösse geführt würden. Herr Dr. Brunschvig erklärt weiter, dass dieser Anspruch für ihn eine leitende Maxime bilde. Die Behörden müssen aber auch die schwere Stellung der Geschäftsleitung des israelitischen Gemeindebundes verstehen; sie sollte das Gefühl haben, dass sie in den Behörden einen sichern Rückhalt finde. Die Behörden hätten ein Interesse daran, die Stellung der Geschäftsleitung zu stärken. Dies sollte vor allem bei Interventionen zum Ausdruck kommen. Er, Dr. Brunschvig, interveniere nur in solchen Fällen, bei denen er die feste und ehrliche Überzeugung habe, dass eine Verfügung der Behörde ungerecht sei und den Interessen unseres Landes nicht diene. Er sei in einer Doppelstellung, einerseits sei er Anwalt, andererseits Mitglied der Geschäftsleitung. Er nutze aber seine Stellung als Vertreter der israelitischen Kultusgemeinde nicht aus, um seine Stellung als Anwalt zu stärken. Er interveniere für einen Privatklienten nur dann bei den Behörden, wenn er diese Intervention auch als Mitglied der Geschäftsleitung des israelitischen Gemeindebundes vertreten könnte. Es sei aber notwendig, dass ihm von Seiten der Behörden das nötige Verständnis entgegengebracht werde. Die Behörden dürften bei jeder Intervention die volle Überzeugung haben, dass er nur deshalb interveniere, weil er der Ansicht sei, der in Frage stehende Entscheid entspreche nicht der Vernunft und diene nicht den Interessen unseres Landes. Er billige nicht alle Entscheide der Behörden. Doch interveniere er dann nicht, wenn er den behördlichen Standpunkt verstehen könne. Im Einbürgerungsfall Heumann sei ihm von Herrn Dr. von Reding nicht das nötige Verständnis bei der Behandlung entgegengebracht worden.

Herr Dr. Rothmund verspricht, dass dieser Fall erneut überprüft wird.

Herr Dr. Brunschvig erklärt, dass seit dem Jahre 1942, vor allem seit dem Rücktritt von Saly Mayer als Präsident des israelitischen Gemeindebundes zwischen der Polizeiabteilung und dem Gemeindebund eine Kluft entstanden sei, welche bisher eine freie Aussprache verhinderte. Durch diese Kluft entstand die Gefahr, dass sich Spannungen ergeben könnten. Durch die Tatsache, dass die Geschäftsleitung des Gemeindebundes keinen näheren Kontakt mehr zu den Behörden hatte und daher ihre Interessen bei den Behörden weniger wirksam vertreten konnte, sei ihre Stellung innerhalb der Mitgliedschaft schwächer geworden. Die Geschäftsleitung des israelitischen Gemeindebundes sei sich klar darüber, dass die politischen Parteien und die Presse, welche sie unter-

28 SEPTEMBRE 1944

637

stützten, dies nicht etwa tun aus Sympathie zu den Juden, sondern zur Verfolgung eigener Ziele. Aus diesem Grunde würde sich die Geschäftsleitung lieber an die Behörden anlehnen, um von nicht jüdischen Kreisen unabhängig zu sein und in der eigenen Mitgliedschaft wirksam auftreten zu können. Er ersucht Herrn Dr. Rothmund um die Bewilligung, Herrn Saly Braunschweig als Präsident des israelitischen Gemeindebundes von dieser Unterredung Kenntnis geben zu dürfen. Er wünscht auch, Herrn Saly Braunschweig erklären zu dürfen, dass Herrn Dr. Rothmund daran gelegen sei, einen nähern Kontakt zu schaffen.

Herr Dr. Rothmund erklärt sich damit einverstanden. Er hat auch nichts dagegen einzuwenden, wenn Herr Dr. Brunschvig, wie er es wünscht, von der Erklärung Gebrauch mache, dass der Chef der Polizeiabteilung die Schweizerjuden als voll- und gleichwertige Schweizerbürger betrachte und der Ansicht sei, dass es den Grundsätzen unserer Demokratie entspreche, diese als solche zu behandeln.